

Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0723/2015/MO/BV

Fachteam:	Kommunikations- und Strukturmanagement	Datum:	15.10.2015
Bearbeiter:	Frank Wulff	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Moorrege	28.10.2015	nicht öffentlich

Beitritt der Gemeinde Moorrege zum Zweckverband Breitband Südholstein

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Versorgungssituation in der Gemeinde Moorrege

Im Jahre 2009 wurde eine Bedarfsumfrage zur Breitbandversorgung in der Gemeinde durch den Kreis Pinneberg durchgeführt. Unter den Rückläufern der Umfrage waren 189 von privaten Haushalten bzw. 13 von Gewerbebetrieben als auswertbare Exemplare vorhanden. Zum damaligen Zeitpunkt zielte das Umfrageergebnis auf die damalige Mindestbandbreite von 1 Mbit ab. Dieses war die damalige Grenze, um Fördermittel von Bund und Land zu erhalten. Das Ergebnis sah damals so aus, dass 25 % der antwortenden privaten Haushalte unterversorgt waren, sprich weniger als 1 Mbit/s erreichen konnten. Bei den Gewerbetreibenden waren es 15 %. 47 % dieser Haushalte haben damals den Wunsch geäußert, dass die Gemeinde Moorrege dringend etwas für die Verbesserung der Breitbandversorgung unternimmt und eine Geschwindigkeit von bis zu 16 Mbit/s zur Verfügung gestellt wird. Bei den Gewerbetreibenden waren es 15 %. Der Kreis hatte damals die Deutsche Telekom als gängiger Anbieter in der Gemeinde um Prüfung des Ergebnisses gebeten.

Das Ergebnis der Versorgungssituation in der Gemeinde Moorrege stellt sich gemäß Angabe der Deutschen Telekom folgendermaßen dar:

Es wurde bestätigt, dass rd. 68 % der 1.764 bei der Telekom angeschlossenen Haushalte einen Zugang von mind. 6 Mbit/s nutzen konnten. Die Unterversorgung in der Gemeinde wurde somit durch die Angaben der Deutschen Telekom bestätigt.

Anhand der Auswertung der Befragungsaktion und der Versorgungsinformation durch die Deutsche Telekom ließ sich für damalige Verhältnisse zweifelsfrei feststellen, dass in der Gemeinde Moorrege eine Unterversorgung vorhanden ist.

Aufgrund des Beschlusses der Gemeindevertretung Moorrege wurden nun wieder alle Haushalte befragt. Es wurden dabei die Eigentümer der Häuser angesprochen, da diese letztendlich über einen möglichen Glasfaseranschluss zu entscheiden ha-

ben. In dem Begleitschreiben wurde darum gebeten, dass mit Mietern vor der Abgabe der Fragebögen Rücksprache gehalten wird. Es wurden somit 1.386 Fragebögen verschickt.

Versand Fragebögen: 1.386

Rückläufer: 567

%-Satz Rückläufer: 41

Das bedeutet den höchsten Rücklaufwert aller bisherigen Umfragen zu diesem Thema in den Gemeinden des Amtes Moorrege.

Das Ergebnis ist dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Dabei wurde festgestellt, dass 61 % die DSL-Technik für ihren Zugang zum Internet nutzen. 37 % gaben an, eine Bandbreite von 16 Mbit/s nutzen zu können. Dabei muss man beachten, dass dies kein Maximalwert bedeutet, da die Anbieter hier mit „bis zu“-Verträgen arbeiten und somit keine 16 Mbit/s garantieren.

66 % aller Rückgabehaushalte wünschen eine Verbesserung der Internetversorgung. Dabei lässt sich feststellen, dass bezogen auf die einzelnen Ortsteile ein Gleichgewicht bei diesem Wert besteht. Die Deutsche Telekom ist heutzutage nicht mehr bereit, Daten über ihren Versorgungsstatus in der Gemeinde herauszugeben. Im Gegensatz zur ersten Umfrage im Jahre 2009 hat sich einiges verändert. Die Deutsche Telekom und Kabel Deutschland haben ihr Netz verbessert und dadurch den Standard im Kerngebiet der Gemeinde verbessert. Die Außenbereiche wie Klevendiech oder Oberglinde bleiben weiterhin sehr schlecht versorgt. Durch den Anschluss an die LTE-Versorgung ist nur bedingt und auch nur an wenigen Stellen eine minimale Verbesserung eingetreten. Nach heutigem Standard und im Hinblick auf die Versorgungsziele des Bundes und des Landes mit mindestens 30 Mbit/s für alle Haushalte ist die Gemeinde weiterhin hochgradig unterversorgt. Die Telekom rüstet in einigen Vorwahlgebieten ihr vorhandenes Netz mit Vectoring auf. Dabei werden die Kabelverzweiger in der Gemeinde mit Glasfaser aufgerüstet. Wann der Vorwahlbereich 04122 an der Reihe ist, wird von der Telekom nicht vermittelt. Diese Technik würde die Gemeinde aber auch nicht wirklich voranbringen. Von Vectoring profitieren wirklich bedeutsam nur die Haushalte in einem Umkreis von 300m zum Kabelverzweiger, da die Leitungen von den Verzweigern in die Haushalte weiterhin in Kupfer verbleiben.

Zweckverband Breitband Südholstein

Als Gründungskommunen haben die Gemeinden Hasloh (Kreis Pinneberg), Heist (Kreis Pinneberg), Holm (Kreis Pinneberg) und Lentförden (Kreis Segeberg) durch öffentlich-rechtlichen Vertrag vom 19. Juli 2013 mit Wirkung zum 1. März 2014 einen wirtschaftlichen Zweckverband errichtet. Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband Breitband Südholstein“. Der Zweckverband hat die Aufgabe, die Breitbandversorgung im Gebiet seiner Mitglieder flächendeckend sicherzustellen, zu fördern und dauerhaft zu sichern. Hierzu gehört unter Beachtung der jeweils geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen die Schaffung, Unterhaltung, Instandhaltung und Wartung des passiven und aktiven (Glasfaser-) Netzes sowie der passiven und aktiven Infrastrukturmaßnahmen für eine flächendeckende Breitbandversorgung im Verbandsgebiet. Zu diesem Zweck kann der Zweckverband in eigene Infrastruktur

investieren.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes hat eine Verbandssatzung beschlossen. Die Satzung enthält Bestimmungen über das Verbandsgebiet, den Sitz, die Aufgaben, die Organe und deren Zuständigkeiten, den Geschäftsgang, die Stimmverteilung, die Finanzierung sowie weitere organisatorische Regelungen. Die Satzung ist beigefügt.

Der Zweckverband hatte sich zunächst das Ziel gesetzt, mit dem azv Südholstein in Verhandlungen zur Übernahme des Breitbandnetzes in den vier Gründungskommunen und der Breitband GmbH zu treten. Diese Verhandlungen sind im Juni 2015 ohne Ergebnis beendet worden. Die Aufnahme neuer Verhandlungen ist angedacht.

In ihrer Sitzung am 07.07.2015 hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Breitband Südholstein beschlossen, unabhängig irgendwelcher weiterer Übernahmeverhandlungen mit dem azv Südholstein, das Verbandsgebiet zu erweitern, um in Gemeinden ohne ausreichende Breitbandversorgung endlich eine Lösung zur Schaffung dieser zu finden. Ziel des Zweckverbandes ist eine leistungs-, bedarfsgerechte und zukunftsfähige Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen der Bürger und Unternehmen. Durch die interkommunale Zusammenarbeit und den damit verbundenen Synergien und Effekte steigt die wirtschaftliche Attraktivität des kostenintensiven Breitbandausbaus. Das im Zweckverband entstehende Fachwissen steht allen Mitgliedern gleichsam zur Verfügung. Der Zweckverband versteht sich als technischer und organisatorischer Dienstleister für den Ausbau der benötigten Breitbandinfrastruktur. Dabei erhalten die einzelnen Mitglieder ein Mitspracherecht über den jeweiligen Ausbau ihrer Netze.

Betreibersuche

Der Zweckverband errichtet ausschließlich passive Infrastruktur (Glasfaserkabel, Leerrohre, Schächte, Gehäuse). Für die aktive Technik und die auf dem Netz angebotenen Dienste ist in einer europaweiten Ausschreibung ein Betreiber zu suchen. Hier zählt insbesondere die Größe des angebotenen Netzes. Um die Chancen auf wirtschaftliche Angebote zu erhöhen, ist das Ziel, den künftigen Betreiber neuer Netze in einer gemeinsamen Ausschreibung zu finden. Damit ist sichergestellt, dass der aktive Betrieb auch für größere Telekommunikationsanbieter interessant ist. Das Ausschreibungsverfahren würde durch ein fachkundiges Büro begleitet werden.

Finanzierung

Nach dem Eintritt in den Zweckverband wird eine Einlage zum Stammkapital des Zweckverbandes fällig. Dieses beträgt analog der Gründungsgemeinden 20.000 €. Die Einlage dient vor allem zur Finanzierung erster notwendiger Maßnahmen, wie Markterkundung, Machbarkeitsstudien und Ausschreibungsverfahren. Der Zweckverband finanziert sich über die einmalig erhobenen Einlagen zum Stammkapital, möglicher Investitionsumlagen der Mitglieder für einzelne Ausbau- und Planungsvorhaben, Fördermittel der Breitbandinitiativen von Bund und Land, Fremdkapital und den zu erwartenden Pachteinnahmen.

Zeitplan

Die Gemeindevertretung Moorrege hatte in Ihrer Sitzung am 09.04.2014 erstmalig über einen möglichen Beitritt beraten. Grundlage war ein Antrag der SPD-Fraktion für einen Beitritt der Gemeinde Moorrege. Der Antrag war mehrheitlich abgelehnt worden, da es zu dem Zeitpunkt noch zu früh war, über einen Beitritt zu entscheiden.

In ihrer Sitzung am 24.09.2015 hatte die Gemeindevertretung dann wie folgt beschlossen:

„Die Gemeindevertretung Moorrege beschließt, eine Entscheidung „Beitritt zum Zweckverband Breitband Südholstein“ in einer einberufenen Sondersitzung Anfang Oktober und vor der maßgeblichen Sitzung des Zweckverbandes herbeizuführen, sobald eine Auswertung über die derzeitige Versorgungs- und Bedarfssituation in der Gemeinde Moorrege anhand der eingereichten Fragebögen vorliegt.“

Die potenziellen neuen Mitglieder des Zweckverbandes sollen bis Ende Oktober über ihren Beitritt entscheiden. Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes wird Anfang November über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheiden. Anschließend bedarf es der Prüfung durch die Kommunalaufsicht im Innenministerium des Landes. Parallel dazu werden die Vorbereitungen zur Betreibersuche, der Markterkundungen, der Machbarkeitsstudien sowie Finanzierung und Förderung getroffen.

Eine Anschlussquote für die Investition in ein Netz in der Gemeinde Moorrege wird gefordert sein. Wie hoch diese dann liegen wird, kann jetzt nicht bestimmt werden. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass bisherige Anschlussquoten über 60 % auch für die Gemeinde Moorrege gelten. Dazu sind die Ergebnisse der o.g. Studien und Unterlagen abzuwarten. Mit dem Einstieg in Umsetzungsplanungen inklusive Technik, notwendige Anschlussquoten, etc. ist dann im Frühjahr 2016 zu rechnen. Sollte in der Gemeinde Moorrege eine notwendige Anschlussquote für das gesamte Amtsgebiet nicht erreicht werden, kann über eine ortsteilige Ausbaustrategie oder eine mehrere Gemeinden oder mehrere Teile aus Gemeinden zusammenfassende Quote verhandelt werden.

Alternativen des Beitritts in den Zweckverband

Verfolgt man politisch das Ziel einer flächendeckenden leistungsstarken Breitbandversorgung, wäre die Alternative zu dem Aufbau eigener kommunaler Infrastruktur die Subvention einzelner Telekommunikationsunternehmen über die Deckung so genannter Wirtschaftlichkeitslücken. Dies führt in der Regel zu einer Monopolstellung eines Anbieters und gegebenenfalls zu einer erneuten Zahlung bei einem weiteren Netzausbau. Wirtschaftlichkeitslücken an Betreiber werden in Schleswig-Holstein und durch den Bund aktuell nicht mehr gefördert. Nachfragen bei den großen Versorgungsunternehmen haben ergeben, dass bis zum Jahre 2020 keine grundlegenden Strategien zu Verbesserung zu erwarten sind. Lediglich die Deutsche Telekom behält sich die Aufrüstung ihres Netzes mit Vectoring vor, was aber nach heutigen Standards keine Verbesserung darstellt und auch nur einem Bruchteil aller Haushalte zu Gute kommen würde.

Die Gemeinden Appen, Groß Nordende, Heidgraben, Heist, Holm, Neuendeich, Haselau und Haseldorf sind Mitglied im Zweckverband bzw. haben bereits beschlossen, Mitglied zu werden. Insofern wäre auch aus dieser Sicht ein Beitritt der Gemeinde Moorrege zu überlegen, da sich mit hoher Sicherheit kein Anbieter finden wird, der zu einem späteren Zeitpunkt ein Glasfasernetz in der Gemeinde verlegt, wenn um

sie herum bereits ein Glasfasernetz mit einer bestimmten Struktur und Technik verlegt ist.

Es ist zu bedenken, dass der Zweckverband auf Ebene der passiven Infrastruktur Wettbewerber im Telekommunikationsmarkt mit den damit verbundenen Risiken wird, z.B.

- Prognostizierte Anschlussraten werden nicht erreicht
- doch auftretende Konkurrenz durch andere Marktteilnehmer
- Betreibersuche bringt nicht die angenommenen Erlöse
- Rechtsänderungen (Förderrecht, EU-Beihilfe, Steuerrecht)
- Finanzierung (Beleihung, Konditionen, Zinsrisiko)
- Fehlendes Durchhaltevermögen für einen langfristigen Aufbau über Mitverlegungen
- Verfügbarkeit und Preisentwicklung bei den Rohrleitungstiefbauunternehmen aufgrund der aktuell sehr hohen Nachfrage.

Diese Risiken wurden erkannt und bewertet und sind aus Sicht der Verwaltung vollumfänglich in die Entscheidungsfindung eingeflossen. Durch ein schrittweises und möglichst bedarfsorientiertes Vorgehen beim Ausbau sowie einem umfassenden Controlling im Zweckverband sind die Risiken zu minimieren. Neben einer rein betriebswirtschaftlichen Betrachtung entstehen durch eine verbesserte Breitbandinfrastruktur positive wirtschaftliche Effekte und eine verbesserte Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

Öffentlich-rechtlicher Vertrag zum Beitritt

Zur Aufnahme der Gemeinde Moorrege in den Zweckverband Breitband Südholstein ist der Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages notwendig. Ein Entwurf dieses Vertrages ist dieser Vorlage beigefügt. Zu den wichtigsten Inhalten werden folgende Erläuterungen gegeben:

§§	Erläuterungen
§1 Verbandsmitgliedschaft	
(1) Die Gemeinde tritt mit Abschluss dieses Vertrages dem Zweckverband Breitband Südholstein mit Sitz in Moorrege bei.	
(2) Der öffentlich-rechtliche Vertrag über die Gründung des Zweckverbandes vom 19.07.2013 sowie die Verbandssatzung in der derzeit gültigen Fassung sind Bestandteil dieses Vertrages.	Der Vertrag vom 19.07.2013 beinhaltet den gesamten Zweckverband betreffende Regelungen, z.B. zur Haushalts- und Wirtschaftsführung, die gleichwohl für die neuen Mitglieder gelten, aber in diesem Vertrag nicht explizit aufgeführt werden müssen. Daher wird der Vertrag Bestandteil dieses Vertrages.
(3) Für die Rechtsbeziehung zwischen der Gemeinde und dem Zweckverband gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in der jeweils aktuellen Fassung und die Verbandssatzung des Zweckverbandes nach Anpassung an diesen Vertrag auf dem jeweils geltenden Stand. Soweit darin keine Regelungen enthalten sind, gelten die Bestimmungen die-	Die Verbandssatzung wird nach Abschluss dieses öffentlich-rechtlichen Vertrages in Bezug auf das Verbandsgebiet angepasst werden müssen.

<p>ses Vertrages.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 2 Finanzielle Ausstattung</p> <p>(1) Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern keine Verbandsumlage, sofern die Eigenkapitalausstattung und laufende Kosten durch Leistungen des Betriebs gewährleistet sind. Sollten die Einnahmen und Finanzmittel zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage. Die Verbandsumlage ist vom Zweckverband so zu bemessen, dass sie die anfallenden Kosten deckt. Der Maßstab für die Bemessung der Verbandsumlage ist zu 50 % die Einwohnerzahl und zu 50 % die Gemeindefläche im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl und Gesamtflächenzahl aller Beteiligten. Es ist jeweils der Stand zum 31.12. des Vorjahres zu Grunde zu legen.</p> <p>(2) Die Gemeinde zahlt an den Zweckverband eine Einlage zum Stammkapital in Höhe von 20.000 €. Das Stammkapital betrug bei der Errichtung des Zweckverbandes 80.000,00 Euro.</p>	<p>Die Aussagen zu einer möglichen Verbandsumlage sind gemäß § 15 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GkZ) in der Verbandsatzung des Zweckverbandes zu treffen. Der Inhalt in diesem Vertrag entspricht der der Verbandsatzung. Er wird hier nochmals aufgeführt, da eine andere Bemessung möglich wäre.</p> <p>Die Einlage ist gemäß § 15 Abs. 3 GkZ zu entrichten. Sie entspricht von der Höhe her der der Gründungsgemeinden des Zweckverbandes.</p>
<p style="text-align: center;">§ 3 Laufzeit, Kündigungen, Änderungen</p> <p>(1) Dieser Vertrag tritt mit dem Datum der Ausfertigung in Kraft und wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.</p> <p>(2) Der Vertrag kann unter der Voraussetzung des § 127 LVwG mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Des Weiteren besteht bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen ein Anspruch auf Anpassung des Vertrages.</p> <p>(3) Sofern ein Ausschreibungs- oder Verhandlungsverfahren ergibt, dass der Zweckverband in der Gemeinde aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht tätig werden kann, verpflichtet sich der Zweckverband, die Gemeinde auf deren Wunsch aus dem Zweckverband zu entlassen. Dies geschieht mittels einer Kündigung dieses Vertrages durch die Gemeinde, einer entsprechenden Änderung der Verbandsatzung durch die Zweckverbandsversammlung sowie einer vertraglichen Auseinandersetzung über eine eventuelle Rückführung oder Teilrückfüh-</p>	<p>Entspricht der gesetzlichen Vorgaben des Landesverwaltungsgesetzes (LVwG)</p> <p>Es kann passieren, dass z.B. finanzielle Gründe, technische Umstände oder das fehlende Erreichen einer notwendigen Anschlussquote, den Ausbau in der Gemeinde nicht möglich machen. In einem solchen Fall besteht die Möglichkeit, den Zweckverband in einer einfacheren Art und Weise wieder zu verlassen. Über die Rückführung des eingebrachten Stammkapitals ist dann zu verhandeln. Es ist in einem solchen Fall anzunehmen, dass bereits für vorbereitende Maßnahmen und Planungen Mittel aus dieser Einlage aufgebraucht worden sind.</p>

<p>rung der eingebrachten Einlage zum Stammkapital des Zweckverbandes.</p> <p>(4) Im Fall der Kündigung nach Abs. 3 ist zu prüfen, ob der Zweckverband ohne diese Mitgliedsgemeinden seine Aufgabe weiterhin wirtschaftlich erfüllen kann. Soweit die Prüfung ergibt, dass eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung nicht mehr möglich ist, gilt § 16 der Verbandssatzung (Aufhebung des Zweckverbandes).</p> <p>(5) Im Fall einer Kündigung nach Absatz 3 gilt die Kündigungsfrist nach § 3 Abs. 2 dieses Vertrages nicht. Der Austritt aus dem Zweckverband wird mit dem Inkrafttreten der Änderung der Verbandssatzung wirksam.</p> <p>(6) Kündigungen, Änderungen dieses Vertrages und Nebenabreden bedürfen der Schriftform.</p>	<p>Diese Prüfung ist eine Pflicht für den Zweckverband.</p> <p>Die Änderung der Verbandssatzung betrifft hier die Neuregelung des Verbandsgebietes, dann wieder ohne die ausgetretene Gemeinde.</p>
---	---

Der öffentlich-rechtliche Vertrag bedarf neben der Beschlussfassung in der Gemeindevertretung Heidgraben auch der Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung des Zweckverbandes.

Finanzierung:

Die Einlage zum Stammkapital in Höhe von 20.000 € wurde zum Haushaltsjahr 2015 nicht bereitgestellt. Somit müsste eine Finanzierung aus der Allgemeinen Rücklage erfolgen.

Fördermittel durch Dritte:

Der Zweckverband wird zur Planung und Umsetzung sämtliche Fördermöglichkeiten aus den Programmen des Bundes und des Landes beantragen.

Beschlussvorschlag:

a) Die Gemeinde Moorrege beschließt, Mitglied im Zweckverband Breitband Südholstein zu werden. Dazu wird der Bürgermeister ermächtigt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag über den Beitritt zum Zweckverband in der Fassung des anliegenden Entwurfs abzuschließen.

b) Die Gemeindevertretung Moorrege beschließt die Bereitstellung der Einlage zum Stammkapital des Zweckverbandes in Höhe von 20.000 €. Die Finanzierung ist durch die Bereitstellung aus der Allgemeinen Rücklage zu sichern.

Weinberg

Anlagen:

- 1) Auswertung der Bedarfsumfrage in der Gemeinde Moorrege
- 2) Entwurf Öffentlich-rechtlicher Vertrag über den Beitritt der Gemeinde Moorrege zum Zweckverband Breitband Südholstein
- 3) Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Gründung eines Zweckverbandes Breitband Südholstein vom 19.07.2013
- 4) Verbandssatzung des Zweckverbandes Breitband Südholstein